

Basta!

Basels starke Alternative

STEUERGERECHTIGKEIT

OECD Steuerreform



Kaum ist die Abschaffung der Stempelsteuer an der Urne abgewendet, kommt von Bern schon das nächste Steuergeschenk für die Konzerne, nämlich die Abschaffung der Verrechnungssteuer auf Obligationen. Und auch in Basel-Stadt winkt Tanja Soland mit einer Vermögenssteuersenkung bei Mitarbeitendenbeteiligung. Bei all den Steuergeschenken ist klar, es profitieren nur die Reichen.

Die Stempelsteuer wurde im November 2021 von der Stimmbevölkerung deutlich abgelehnt. Aber dies war erst der Anfang vieler neuer geplanter Steuersenkungsvorlagen, über welche die Stimmbevölkerung in den nächsten Jahren national, aber vor allem auch in den Kantonen entscheiden muss. Dies kommt nicht von ungefähr. Denn ab 2023 wird die OECD-Mindeststeuer für Konzerne in der Schweiz eingeführt. Und weil man zukünftig die Konzerne nicht mehr so einfach mit Steuererleichterungen beschenken kann, sollen eben die Reichen direkt profitieren.

OECD-Mindeststeuer

Mit der Einführung der OECD Mindeststeuer soll dem ruinösen Steuerwettbewerb ein Riegel vorgeschoben werden. 136 Länder haben sich auf eine Mindeststeuer von 15 Prozent für Grosskonzerne einigen können, und auch die Schweiz muss mitmachen. Eine internationale Regelungen zur Vermeidung des Steuerwettbewerbes ist zuerst einmal ein wichtiger und richtiger Schritt, die vereinbarten 15 Prozent sind aber eindeutig zu tief angesetzt. Und dennoch wühlt die Schweiz sofort in der Trickkiste, um den Grosskonzernen möglichst hohe Steuererleichterungen zu garantieren. Das neo-liberale Establishment und die Wirtschaftslobby haben vorgesorgt. Neben der Abschaffung der Stempelsteuer haben sie noch weitere Steuergeschenke an die Konzerne geplant.

Als nächstes steht also die Verrechnungssteuer an, die auch Privatpersonen auf ihre

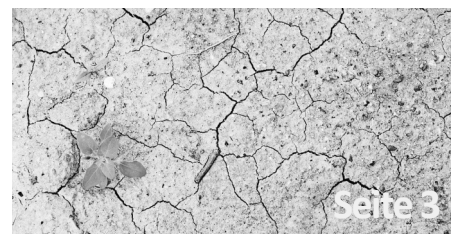
weiter auf S. 2

Mutationen an:
Postfach 225
4005 Basel

**AZB
4005 Basel**



Es herrscht Krieg...



Der Hunger ist nur der Anfang



Parolenfassung in Kürze
15 Mai 2022

TERMINE

Donnerstag, 28. April 19 h

NoFrontex: Postkartenschreiben und Input zu Klima und Flucht, BfS-Lokal Hammerstrasse 187, 4057 Basel

Freitag, 29. April, ab 14h

Transpi Malen für den 1. Mai, BastA! Sekretariat

Samstag, 30. April ab 17h

**Workshops und politische Debatte auf dem Kasernenareal
Infos unter 1-mai-bs.ch**

Sonntag, 1. Mai, 10 h

Besammling De Wette Park, Fest ab 12h Kasernenareal

Dienstag, 10. Mai 19h

Jahresversammlung, Union (Klybeckstr. 95, 4057 Basel)

Sonntag, 15. Mai

Abstimmungssonntag

Samstag, 21. Mai

March against Bayer & Syngenta

Montag, 23. Mai 19h

Koordination

Dienstag, 14. Juni

Feministischer Streik/Frauenstreik

Montag, 27. Juni 19h

Koordination

SAMSTAG, 21. MAI 2022

save -the- date

MARCH AGAINST BAYER & SYNGENTA



www.marchagainstsingenta.ch

MITGLIED WERDEN

Als Mitglied erhältst du unseren Newsletter und 4 Mal im Jahr das BastA!-Bulletin gratis nach Hause geschickt. Zudem hast du das Recht, an den Mitgliederversammlungen teilzunehmen und bei allen Entscheidungen, wie z.B. Parolenfassungen, deine Meinung einzubringen und mitzubestimmen. Du erhältst auch jeweils eine Einladung zu den Koordinations-Sitzungen (Vorstandssitzungen), die bei BastA! grundsätzlich für alle Mitglieder offen sind.

Deinen Mitgliederbeitrag legst du selber fest, Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag beträgt Fr. 10.- pro Monat respektive Fr. 120.- pro Jahr.

<http://basta-bs.ch/mitglied>

IMPRESSUM

Nr. 02/2022

Redaktion: Franziska Stier, Martin Flückiger, Till Kleisli, Mariann Gloor

Layout & Bildredaktion: Till Kleisli, Franziska Stier

Auflage: 1200

Druck: Rumzeis Basel

Herausgeber: Förderverein BastA!,

Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel

E-Mail: sekretariat@basta-bs.ch

Telefon: 061 / 691 16 31

Konto: PC 40-31244-5

2

Fortsetzung S. 1

Zinseinnahmen zahlen müssen. Die Verrechnungssteuer soll aber nur bei Obligationen für Firmen abgeschafft werden. Dagegen wurde erfolgreich das Referendum ergriffen. Im Herbst wird voraussichtlich darüber abgestimmt.

In der Zuckerfabrik der Kantone

Und auch die Kantone haben nicht lange gewartet, um ihre Steuergeschenke zu präsentieren. Auffällig dabei ist, dass sie immer im Päckli kommen, ein „kleines Zückerchen“ für die Bevölkerung, eine Melasse für die Unternehmen.

Im Aargau entscheidet beispielsweise die Stimmbevölkerung am 15. Mai über eine Vorlage zur schrittweisen Senkung der Unternehmenssteuer bis 2024 von 18.6 auf 15.1 Prozent ab. Noch tiefer können sie die Unternehmenssteuer wegen der Vorgaben der OECD nicht senken. Und für die Bevölkerung will man den Pauschalabzug für Versicherungsprämien und Sparkapitalzinsen erhöhen. Klingt sozial, aber auch hier profitieren in erste Linie die einkommensstarken Haushalte. Auch Baselland will die Vermögenssteuern senken, der Kanton Bern will eine Steueranlagensenkung bei den Einkommenssteuern vorantreiben.

Und in Basel-Stadt hat Tanja Soland jüngst ebenfalls ein Steuersenkungspaket präsentiert. Dieses enthält eine Senkung der Vermögenssteuer sowie steuerliche Privilegien von Mitarbeitendenbeteiligungen, es

STEUERGERECHTIGKEIT

profitieren also vermögende und einkommensstarke Haushalte. Ausserdem sieht das Paket eine Reduktion des unteren Steuersatzes sowie höhere Kinderabzüge vor, davon profitieren auch Geringverdienende. Der erste Teil des Paketes ist aber ein NO-Go und hätte Steuereinnahmeausfälle von bis zu 80 Millionen jährlich zur Folge. Auch in Basel-Stadt will man damit die Reichen beglücken, denn Basel profitiert vom OECD-Mindeststeuersatz, der höher ist als die bisherige Unternehmensteuer des Kantons. Basel würde also ab 2023 mehr Steuereinnahmen generieren. Und wir meinen, diese sollen dort eingesetzt werden, wo bereits ein Spardruck (unter anderem auch wegen des STAF17 Steuerlochs) besteht, beispielsweise im Gesundheits- und Bildungsbereich. Ebenso sollen damit notwendige ökologische Ziele vorangetrieben und günstiger Wohnraum gefördert werden. Dass die Regierung nun dem Druck der Pharmedien und der Handelskammer nachgibt und die Reichen beschenken will, ist ein Armutszeugnis.



Sina Deiss, Co-Präsidentin BastA!

Der Hunger ist nur der Anfang

Der Krieg in der Ukraine wirkt weit über die Ukraine hinaus. Nicht nur wegen Russlands imperialer zaristischer Träume, sondern auch weil wir in der Welt des globalen Kapitalismus leben. Wenn Russland in seinen Nachbarstaat Ukraine einmarschiert, braucht es nur ein paar Tage bis an unterschiedlichen Ecken der Welt der Hunger, und damit verbunden andere politische Fragen, aufkommen.

Die Zahlen sind erschreckend. Es ist nicht überraschend, dass David Beasley, Direktor der UN-Welthungerhilfe sagt: „This will be hell on earth“. 276 Millionen Menschen in 81 Ländern erleben bereits die Hungerkrise. 44 Millionen sind ein nur einen Schritt von der Hungersnot entfernt. Die landwirtschaftlichen Erzeugnisse von der Ukraine und Russland machen etwa 12 Prozent aller „calories the world trades“ aus; mehr als 30 Prozent des Welthandels mit Weizen, 32 Prozent mit Gerste, 17 Prozent mit Mais und mehr als 50 Prozent mit Sonnenblumenöl, -Samen und -Mehl entfallen auf Russland und die Ukraine. Der meiste ukrainische Weizen der letzten Ernte wurde bereits exportiert, 30 Prozent liegt aber noch in der Ukraine. Die nächste Haupterntesaison kommt im Sommer. Derzeit

wäre eigentlich die Saatzeit gewesen (Anfang März bis Ende April). Die ersten Prognosen sind verheerend. Es wird damit gerechnet, dass das weltweite Angebot 10 bis 50 Prozent bei wichtigen Agrarprodukten, wie Weizen, Gerste, Mais, Raps- und Sonnenblumenöl zurückgehen wird.

Besonders betroffen sind jene Länder, die in den letzten Jahren stark durch unterschiedliche (geo)politische und global ökonomische Dynamiken geschwächt waren. Das Kriegsland Jemen zum Beispiel bezieht mehr als ein Drittel seines Weizens aus Russland und der Ukraine. Die Länder der letzten Aufstände: Ägypten, Irak, Algerien, Tunesien, Libanon, die bereits von Dürre und Inflation betroffen sind, beziehen zwischen 60 und 85 Prozent ihres Weizens aus der Ukraine und Russland. Außerdem sind die afrikanischen Länder Ghana, Nigeria, Kenia und Somalia große Weizenimporteure aus der Region. Als Ölimporteur wird Kenia hart von den Sanktionen getroffen werden, vor allem wegen des überbewerteten Schillings und dem zu erwarteten Handelsdefizit. Es wird erwartet, dass Kenia verspätet Subventionen einstellt, die die Benzinpreise künstlich stabil halten. Dies könnte zur Verdrängung von Ausgaben in den Bereichen Bildung, Gesund-

heit und Infrastruktur führen.

Der Hunger ist nur der Anfang. Dies hat zwei Gründe. Erstens, kommt der Hunger selten alleine. Oft wird Hunger mit Gewalt (besonders gegen Frauen und Minoritäten), neue Schuldenkreisläufe, Binnenflucht, Schwächung der Infrastruktur sowie besondere Gefahren für Kinder, begleitet. Zweitens, sind die globalen Strukturen, die dieses Ausmaß an Abhängigkeit erlaubt haben, noch bestehend. Es ist kein Zufall, dass der Revolutionsruf in Ägypten „Brot, Freiheit, Würde“ war. Brot kam zuerst, denn da geht es um die globalen Strukturen, die aus der Grundversorgung Modelle für Profit gemacht haben. Oder wie die Sudanischen Proteste gerade rufen: „Crops not cotton“. Denn während Baumwolle eines der klassischen Exportmaterialien der Region ist und in den globalen Handelsschaltkreise gut fließen kann, steht er stellvertretend für die Ausbeutung des Sudans. Ähnlich ist es nicht nur mit der Baumwolle in Ägypten, sondern auch mit den Erdbeeren. Aber, wie der ägyptische Soziologe Sakr ElNour schrieb „Aus Erdbeeren wird kein Brot gebacken“.

Radwa Khaled-Ibrahim, Referentin für kritische (Not)Hilfe bei Medico International

Es herrscht Krieg...

Am 30. März diskutierten und verabschiedeten wir untenstehendes Positions- und Forderungspapier.

Wir verurteilen den Angriffskrieg gegen die Ukraine aufs Schärfste und fordern einen sofortigen Abzug aller russischen Besatzungstruppen aus der Ukraine

Das autoritäre Regime um Putin führt einen Angriffskrieg gegen einen unabhängigen souveränen Staat, gegen deren gewählte Regierung und gegen das ukrainische Volk. Der Überfall auf die Ukraine ist ein klarer Bruch des Völkerrechts, ist ein schändlicher Akt der Gewalt, der auf das Schärfste abgelehnt werden muss. Putins Einmarsch in die Ukraine ist Ausdruck eines chauvinistischen imperialen grossrussischen Anspruchs, der im ehemaligen sowjetischen Raum geltend gemacht wird. Diese imperialistische Dynamik ist spätestens seit der Annektierung der Krim, aber auch seit dem direkten militärischen Eingreifen in Syrien (zur Stärkung von Bashar al-Assad und seiner Einflussnahme durch die faschistische Wagner-Truppe) sowie in

Libyen (zur Sicherung von Teilen der Erdölressourcen) erkennbar.

Krieg, das bedeutet, Gewalt, Flucht und Tod. Deshalb müssen die Staaten, die ihnen zur Verfügung stehenden politischen Mittel, ohne militärisch einzugreifen, nutzen, um diesen völkerrechtswidrigen Krieg so schnell wie möglich zu beenden.

Unsere Solidarität gilt der Bevölkerung in der Ukraine und der Antikriegsbewegung in Russland

Die Leidtragende dieses brutalen Krieges ist die ukrainische Bevölkerung, ihr gilt unsere Solidarität. Wir anerkennen das Selbstbestimmungsrecht der ukrainischen Bevölkerung über ihre Zukunft und ihren Widerstand zur Verteidigung gegen die Invasion der russischen Regierung. Aber auch in Russland gehen trotz grosser Repression tausende Menschen gegen den Krieg auf die Strasse. Sie tun dies aus Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung und gegen das Töten und Sterben im Auftrag der Herrschenden. Daher unterstützen und

solidarisieren wir uns auch mit der Friedensbewegung in Russland und verteilen die massive Repressionen des Kremls.

Keine Intervention der NATO und gegen die weltweite Militarisierung und Aufrüstung

Es müssen politische Wege gefunden werden, dem russischen Aggressor Einhalt zu gebieten, ohne militärisches Eingreifen. Ein dritter Weltkrieg ist mit allen Mitteln zu verhindern, weshalb wir uns gegen jegliche militärische Interventionen der NATO stellen, sei das auf ukrainischem Boden oder per Luftschutz über der Ukraine.

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg wird von den westlichen Staaten und von rechtsbürgerlichen Kräften sowie Kriegsmaterialherstellern wie Heckler & Koch für militärische Aufrüstungswünsche missbraucht. Ein gefährlicher und kriegstreiberischer Nationalismus wird auf allen Seiten geschürt. Soziale und ökologische Fragen werden aus der politischen Debatte verdrängt und der globalen Militarisierung untergeordnet. Doch was die Welt nicht

braucht, sind noch mehr Waffen. Wir stellen uns klar gegen diese weltweite Militarisierung und Aufrüstung. Auch die globale atomare Abrüstung ist über die UNO bzw. den Atomwaffenverbotsvertrag voranzutreiben – nur eine Welt ohne Atomwaffen verhindert eine globale Selbstauslöschung der Menschheit.

Die Öffnung der EU Aussengrenzen und die Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine und aus der ganzen Welt muss gewährleistet sein

Die EU und die Schweiz müssen zwingend alle flüchtenden Menschen aus der Ukraine (unabhängig ihrer Nationalität) und aus Russland aufnehmen und insbesondere in der Schweiz muss der Sonderstatus S gewährleistet sein. Die Ursache der Flucht, also unabhängig ob Kriegsdienstverweigerung, Desertion oder weil sie nicht mehr unter Putins Regime leben wollen, darf keine Rolle bei der Aufnahme und beim Status haben. Es ist bestärkend zu sehen, wie gross die Anteilnahme der Menschen ist und wie die Schweiz bisher die Ankommenden hier in der Schweiz aufnimmt (Gratis öV, sofortige Einschulung der Kinder etc.). Es wird deutlich, dass eine andere Migrationspolitik in der Schweiz möglich ist und so muss es zukünftig auch, für alle Flüchtenden, die in der Schweiz Schutz suchen umgesetzt werden.

Wir fordern gezielte Sanktionen gegen die autoritäre Regierung Russlands, Sanktionen, welche die russische Bevölkerung treffen, sind möglichst zu vermeiden.

Es müssen politische Wege gefunden werden, dem russischen Aggressor Einhalt zu bieten, eine dieser Möglichkeiten sind Sanktionen. Die Sanktionen gegen das autoritäre Regime um Putin und seine Oligarchie sind wichtig und mit aller Deutlichkeit umzusetzen; die Reichtümer der Oligarchen sind zu beschlagnahmen. Sanktionen, die auch die russische Zivilbevölkerung treffen, müssen möglichst vermieden werden. Bereits jetzt führen die ergriffenen Sanktionen zu Hyperinflation und Versorgungsengpässen in Russland. Diese Massnahmen treffen nicht die Oligarchen, sondern in erster Linie die russische Zivilbevölkerung. Ausserdem hat der Krieg bereits jetzt in vielen Ländern, vor allem in afrikanischen Ländern, zu massiven Erhöhungen der Nahrungsmittelpreise geführt. Die globale Krise wird dadurch nur weiter verstärkt.

UNSERE FORDERUNGEN:

- Sofortiger Abzug aller russischer Besatzungstruppen aus der Ukraine und die sofortige Einstellung aller kriegerischen Handlungen.



Foto: Franziska Stier; Basel Demonstration für Frieden in der Ukraine am 19. März 2022

- Das Selbstbestimmungsrecht der ukrainischen Bevölkerung betreffend ihrer Zukunft muss gewahrt und geschätzt werden.

- Die NATO darf nicht in diesen Krieg intervenieren.

- Es braucht Friedensverhandlungen durch die OSZE und eine internationale Stärkung friedenserhaltender Organisationen.

- Wir stellen uns gegen den erstarkenden Nationalismus mit seiner Militarisierung und Aufrüstung in der Schweiz und auf der ganzen Welt.

- Atomare Abrüstung ist über die UNO wieder aufzunehmen.

- Aufnahme aller flüchtenden Menschen, unabhängig von ihrem Pass und ihrer Herkunft. Auch Kriegsdienstverweigerern und Deserteur*innen muss Unterstützung und Familiennachzug ermöglicht werden.

- Den Schutzbedürfnissen von Frauen, inter, nonbinären und trans Personen sowie Kindern gilt es in besonderem Masse Rechnung zu tragen.

- Der Rohstoffhandelsplatz Schweiz muss Verantwortung übernehmen. Mit diesen Geldern wird der Krieg finanziert. Das muss aufhören. Es braucht die Einrichtung einer Taskforce, die den Vermögen und Besitzverhältnissen aktivistisch nachspürt.

- Gezielte Sanktionen gegen das autoritäre Regime Putins und seiner Oligarchen (bspw. das Einfrieren von Vermögen, Enteignung von Immobilien zur Unterbringung Flüchtender, Öl- und Gasembargos). Sanktionen, die die russische Bevölkerung betreffen, sind aufs Minimum zu beschränken.

- Erlass der Schulden der Ukraine und substanzielle Hilfsprogramme zum Wiederaufbau der zivilen Infrastruktur und einer nachhaltigen Landwirtschaft in der Ukraine.

- Die Schaffung des Schutzstatus S begrüßen wir sehr. Wir halten es für angebracht die damit verbundenen Möglichkeiten wie sichere Fluchtrouten oder Reisefreiheit und Zugang zu Erwerbsarbeit auch Flüchtenden, die nicht aus der Ukraine kommen, zugänglich zu machen. Es gibt keinen Anlass zu einer rassistischen Gliederung Geflüchteter.

- Antirussischer Rassismus ist ebenfalls abzulehnen.

- Pressefreiheit ist ein hohes Gut. Die Einschränkung der Arbeit von Journalist*innen verurteilen wir scharf.

PAROLEN IN KÜRZE

Abstimmung vom 15. Mai 2022

National

JA zur Änderung vom 1. Oktober 2021 des Bundesgesetzes über Filmproduktion und Filmkultur (Filmgesetz, FiG) (BB1 2021 2326);

JA zur Änderung vom 1. Oktober 2021 des Bundesgesetzes über die Transplantation von Organen, Geweben und Zellen (Transplantationsgesetz) (BB1 2021 2328);

NEIN zum Bundesbeschluss vom 1. Oktober 2021 über die Genehmigung und die Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2019/1896 über die Europäische Grenz- und Küstenwache und zur Aufhebung der Verordnungen (EU) Nr. 1052/2013 und (EU) 2016/1624 (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands) (BB1 2021 2333).

Neue Organspenderegelung nimmt riesigen Druck von den Angehörigen

Heute ist bei einem Todesfall oftmals nicht bekannt, ob die verstorbene Person ihre Organe spenden möchte oder nicht. Für Angehörige ist diese Situation unglaublich belastend. Denn es gilt nicht nur den Tod eines nahestehenden Menschen zu verkraften, sondern auch sich im Sinne des Verstorbenen für oder gegen eine Organspende zu entscheiden. In gewissen Kulturkreisen ist es zudem ein absolutes No-Go, zum Zeitpunkt des Todesfalls über Organspenden zu sprechen. Die neue Organspenderegelung entlastet die Angehörigen stark. Denn Angehörige können zukünftig grundsätzlich davon ausgehen, dass eine Organspende gewollt ist, wenn die verstorbene Person nichts anderes festgehalten hat.

Auch bei dieser Lösung geschieht nichts gegen den Willen des Verstorbenen. Er kann eine Organspende ausdrücklich ablehnen. Er kann eine bereits erteilte Zustimmung jederzeit widerrufen, auch kurz vor seinem Tod. Und auch Angehörige können sich weiterhin und in jedem Fall gegen eine Transplantation aussprechen, wenn sie davon ausgehen, dass diese nicht oder nicht mehr im Sinne der verstorbenen Person ist.

Organspende ist Ausdruck der Solidarität mit Schwerkranken

In der Schweiz werden pro Jahr rund 450 Organe gespendet. Sie sichern nicht nur das Überleben der betroffenen Patient*innen, sondern sie verbessern auch deren Lebensqualität massiv. Doch in der Schweiz werden heute weniger Organe gespendet, als eigentlich benötigt werden. 2021 befanden sich 1'434 Personen auf der Warteliste für eine Organtransplantation. Manche Patient*innen warten bis zu drei Jahre auf eine Organspende. Nicht für alle kann rechtzeitig ein Spendenorgan gefunden werden: Im letzten Jahr sind 72 Personen auf der Warteliste verstorben. Dies müsste nicht sein. Ein Ja zur Organspende ist auch ein Akt der Solidarität mit schwerkranken Mitbürger:innen.

Widerspruchslösung in Europa breit verankert

Der Wechsel von der heute geltenden Zustimmungs- zur Widerspruchslösung kann dazu beitragen, dass bei denjenigen Personen, die ihre Organe spenden möchten, vermehrt auch tatsächlich eine Organtransplantation

vorgenommen wird. Heute wird eine Organspende oftmals von den Angehörigen abgelehnt, wenn der Wille der verstorbenen Person nicht bekannt ist. Dass der Systemwechsel die Zahl der Organspenden erhöhen kann, das zeigt auch der Blick aufs Ausland: Die meisten europäischen Länder kennen heute bereits eine Widerspruchslösung, wie sie in der Schweiz eingeführt werden soll. Und sie haben meist eine höhere Spenderate als die Schweiz. Die neue Regelung hilft also, mehr Personen das Leben zu retten oder deren Lebensqualität zu erhöhen.

Spende ohne Angehörigenkontakt nur bei Spendenwilligen

Ganz wichtig: Wenn kein Angehörigenkontakt möglich ist, gibt es auch künftig keine Organentnahme – ausser die verstorbene Person hat den Spendenwillen vorgängig im Register eingetragen. Das heisst: Wenn kein dokumentierter Wille vorliegt und auch keine Angehörigen erreicht werden können, dann dürfen auch zukünftig keine Organe entnommen werden.

Sibel Arslan, Nationalrätin

DISKUSSION ABSTIMMUNGEN

Die Würde der Toten

Der imperialistische Krieg Russlands gegen die Ukraine wirft mächtige Schatten auf unseren Alltag. Trotzdem müssen wir bei uns aktuelle politische Themen diskutieren. Am 15. Mai steht auch die „Abstimmung zur Organspende“ (Titel vom BAG) auf dem Stimmzettel.

Mit Unterstützung der Grünen- und SP-Fraktion wurde im Parlament ein „Systemwechsel“ beschlossen: Die sogenannte Widerspruchslösung. Dabei dürfen nach dem Tod dem Körper

auch ohne Organspendenausweis Organe und Gewebe entnommen werden. Es geht bei der Abstimmung nicht um die Organspende an sich, es geht aber um die „Beschaffung“ von gesunden Organen.

Offensichtlich hat die Medizin und die Politik bis jetzt nicht genug Menschen überzeugt, Organe zu spenden. Bis jetzt gilt: Ja ich will, oder: nur ein Ja ist ein Ja. Die Menschen müssen einen bewussten Entscheid fällen und einen Spendenausweis ausfüllen. Jetzt wird mit einer scheinbar kleinen Umstellung versucht, die Bedürfnisse nach Organspenden zu befriedigen. Doch damit wird tatsächlich heftig in die Auto-

nomie des Individuums eingegriffen.

Per Gesetz wird der Körper eines frisch verstorbenen Menschen vom Staat eigentlich enteignet und in die Verwertungslogik der Konsumgesellschaft einbezogen. Aber ein toter Körper ist nicht einfach ein Rohstoff.

Merkwürdigerweise entwickeln da die Befürworter wenig Sensibilität für ethische, moralische, religiöse oder ganz einfach persönliche Bedenken. In diese soll sich der Staat auch nicht einmischen.

Und das Einholen einer Zustimmung bei Angehörigen des gerade eben verstorbenen Menschen halte ich für eine Zumutung.

Der Begriff „Spende“ wäre bei diesem Vorgehen sicher nicht mehr angebracht. Der Entscheid für eine Organspende, die diesen Namen verdient, braucht einen klaren Willensakt. Ich verlange von Niemandem eine negative Abgrenzung.

Deshalb sage ich zu diesem „Systemwechsel“ nein. Weiterhin soll gelten: Nur ein Ja ist ein Ja. Auch die Würde der Toten sollte unantastbar bleiben.

Richard Spillmann

ABSTIMMUNG

JA zum Schweizer Filmkulturgesetz

In der Schweiz haben wir die Verantwortung zur Förderung des Schweizer Filmschaffens teilweise den Fernsehsendern übertragen. Sie müssen 4% ihres Umsatzes in Filmproduktionen in der Schweiz investieren, dürfen aber selber entscheiden welche Filme und Serien sie produzieren wollen.

Diese Regelung gilt bis jetzt nur für Schweizer Fernsehsender und Streaming-Anbieter, während gleichzeitig immer mehr Menschen Filme und Serien bei internationalen Anbietern wie Netflix oder Disney schauen. Dies heisst dass weniger in Schweizer Filmproduktionen investiert wird, denn obwohl die Nachfrage nach Schweizer Filmen und Serien vorhanden ist, ist der Schweizer Markt für internationale Anbieter zu klein um extra dafür Inhalte zu produzieren.

Deshalb soll das Filmgesetz jetzt so angepasst werden, dass auch internationale Anbieter 4% des Umsatzes, den sie in der Schweiz erwirtschaften wieder in Schweizer Filme und Serien investieren müssen. Dazu sagen wir aus kulturpolitischer Sicht Ja.

Till Kleisli

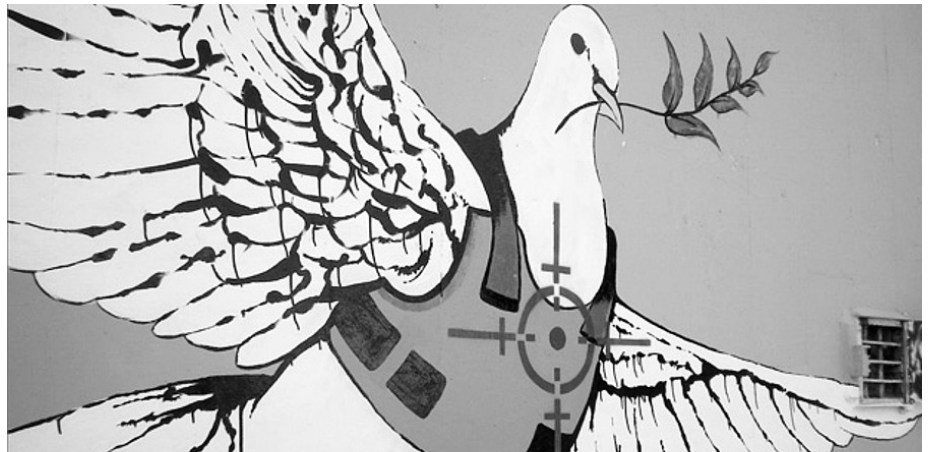
Eine Einladung zum Zweifeln

Dieser Text entstand am 4. April. An diesem Wochenende zeigten sich die Brutalität des Kriegs und die damit einhergehenden Völker- und Menschenrechtsverletzungen ein weiteres Mal – diesmal in Butscha. Doch wie können wir darauf reagieren? «Mit Rache? Mit mehr Waffen? Oder mit Ignoranz? Wir stecken in einem fürchterlichen Dilemma»¹, stellte Kathrin Gerlof in einem Beitrag in der Zeitung Freitag fest. Es gibt keinen Zweifel an der Brutalität dieses russischen Angriffskrieges, keinen Zweifel am Leid der Menschen in der Ukraine, auch nicht an der Gewalt gegen Kriegsgegner*innen in Russland und dem Leid der Mütter getöteter Soldaten. Auch die Entschlossenheit der Ukrainer*innen, ihre Heimat zu verteidigen, lässt sich nicht in Zweifel ziehen.

Meine Einladung zum Zweifeln beginnt mit der Geschichte vieler Kriege. Der Deutsche Sozialdemokrat Egon Bahr sagte 2013 zu einer Schulklasse: „In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie oder Menschenrechte. Es geht um die Interessen von Staaten. Merken Sie sich das, egal, was man Ihnen im Geschichtsunterricht erzählt.“ Dieses Bild internationaler Politik zeigt auch die Erfahrung aus vergangenen Kriegen. So wurde der Irakkrieg mit nicht vorhandenen Massenvernichtungswaffen begründet und für den Afghanistan-Einsatz, dessen schrecklichen Verlauf wir nun kennen, wurde damit argumentiert, den Krieg gegen den Terror führen zu müssen sowie Frauenrechte und Demokratie nach Afghanistan zu bringen. Genauso gelogen ist nun Putins offizielle Kriegsbegründung, die Ukraine entnazifizieren zu wollen. Seine Sprachregelung zielt mit dem Begriff «Spezialoperation» darauf, Zustimmung zu seinem Krieg zu erhalten. Das Wort «Operation» lässt das Bild eines gezielten, chirurgisch präzisen und notwendigen Eingriffs entstehen. Es entspricht seinem Narrativ, doch das Gegenteil ist der Fall. Schlachtfelder sind die Städte, das Zuhause vieler Menschen.

Ich möchte den Blick nun aber weg vom Offensichtlichen nehmen und dazu einladen die herrschenden politischen Diskurse im deutschsprachigen Raum zu hinterfragen. Sie machen mir Angst. Fast täglich entsteht bei mir der Eindruck, dass der politische Wille zu einer militärischen Intervention europäischer Staaten wächst.

Die Deutsche Aussenministerin, die den Begriff der wertebasierten und auch feministischen Aussenpolitik ins Zentrum rückte, erklärte in ihrer Rede zur nationalen Sicherheitsstrategie am 18. März 2022: «Dabei müssen wir Sicherheit nicht aus der Vergangenheit, sondern aus der Zukunft heraus denken.»² Dieser viel zitierte Satz lädt



Symbolbild Banksy, <https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/>

uns zu Hoffnung ein, verlangt aber auch, dass wir die Geschichte, das Gewordensein der Staaten, der Bündnisse und vergangener Kriege ignorieren. Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz³ sowie unsere Bundesrätinnen Karin Keller-Suter⁴ und Viola Amherd⁵ stimmen in diese Geschichtsvergessenheit ein und bezeichneten Ende Februar und Anfang März den Ukraine Krieg als ersten Krieg in Europa seit dem zweiten Weltkrieg und blendeten damit den Balkankrieg und den «Zypernkonflikt» aus der Europäischen Geschichte aus.

Die Geschichte zu vergessen, auch die Geschichte der europäischen Waffenexporte, bereitet mir Sorgen. Deutsche Leopardpanzer werden von der Türkei eingesetzt, Schweizer Scharfschützengewehre und Granatwerfer in der Ukraine und Maschinenpistolen in Russland. Sollten wir, wenn wir nationale und internationale Sicherheit diskutieren, nicht auch darüber sprechen, wo unsere Waffenexporte überall Unheil anrichten?

Stattdessen rückt ein brachialer Aufrüstungsdiskurs ins Zentrum. Während Deutschland nun Rüstung ins Grundgesetz schreiben und sich 35 Kampffjets, die zur atomaren Bewaffnung taugen, anschaffen will, wird in der Schweiz dem Initiativkomitee gegen die F35 Kampffjets der Rückzug der Initiative nahe gelegt. Der Konsens zum Ausstieg aus der Atomkraft wird mit dem Hinweis auf die Energiesicherheit infrage gestellt. Das enorm umweltschädlich produzierte Fracking-Gas heisst neu Flüssiggas und ist plötzlich heiss begehrt. Die dringend nötige Klimawende oder die Stärkung unserer Gesundheitssysteme sind schon fast Geschichte, obwohl beides zur Sicherheit des Lebens notwendig ist. Findet hier eine politische Diskursverschiebung statt, die die sozialen und ökologischen Kämpfe der letzten Jahre verdrängt?

Historiker*innen und Philosoph*innen sind

nicht mehr gefragt. Die Aufforderung, die Geschichte hinter sich zu lassen, wirft uns auf unsere Emotionalität zurück. Und dazu gehört nicht nur das Mitgefühl mit den Opfern des Krieges, sondern auch die Sehnsucht nach Rache. Oder die Hoffnung, dass entgegen aller Erfahrung Waffenlieferungen diesmal vielleicht doch zu einem schnellen Ende dieses grossen Leidens führen könnten, wenn es denn nur genug wären. Die Geschichte lehrt uns Gegenteiliges, und unsere Erfahrungen «über die Wirksamkeit militärischer Lösungen im Fall bereits eskalierter Konflikte helfen nicht viel. Mehr noch, sie stören unsere ersten Impulse, vergrössern möglicherweise unsere Verzweiflung und zwingen uns vielleicht, zuzugeben, dass wir gerade nicht weiterwissen», schreibt Kathrin Gerlof. Unsere Erfahrungen und unsere Gefühle im Anblick dieses Krieges geraten in Widerspruch zueinander. Diesen Widerspruch zu glätten und eine Seite in die Bedeutungslosigkeit zu verbannen, erscheint mir falsch.

Das Unbehagen mit dem Nationalismus

Jeder Krieg stärkt den Nationalismus. Dagegen schrieb Rosa Luxemburg 1918 in ihrem «Fragment über Krieg, nationale Frage und Revolution» an. Die historische Situation war eine vollkommen andere, aber einige Fragen stellen sich erneut. «Der Nationalismus schillert in allen Farben», schreibt sie und mahnt, dass die Arbeitenden die Zeche für die Kriege der Herrschenden zahlen und ebenso für einen nationalistischen Burgfrieden. Dieser Teil ist aktuell. Der Krieg, aber auch die Sanktionen treiben die Preise für Benzin, fossile Heizstoffe, Weizen und Speiseöle nach oben. Für viele Basler*innen wird das Problem bewältigbar bleiben. Unter anderen Umständen könnte die fossile Energiekrise auch zu einer schnelleren ökologischen Wende beitragen, aber für Armutsbetroffene in Russland, dem Jemen oder Nordafrika wird die Preisexplosion der

Grundnahrungsmittel zur existenziellen Gefahr.

Im Angesicht der herrschenden Ohnmacht fällt es mir schwer, gegen Sanktionen anzuschreiben. Ökonomische Sanktionen sind ein zäher Weg, Partei zu ergreifen, ohne physisch in den Krieg einzugreifen und das aktive Töten zu unterstützen. Wir wissen, dass mit Öl- und Gasimporten aus Russland täglich neue Panzer und Raketen finanziert werden und gerade Sanktionen, die gezielt die Verursacher und Profiteure treffen, wären wünschenswert. Aber so, wie wir sie in ihrer Gesamtheit vorfinden, treffen sie zugleich auch Armutsbetroffene und all jene, die Rosa Luxemburg als internationales Proletariat begreift. Dessen müssen wir uns in aller Verzweiflung und Ohnmacht gegenüber denen, deren Leid wir täglich sehen, bewusst sein. Eine Perspektive, die in Staaten und Staatenverbänden denkt und nicht in globalen Klassenverhältnissen wird dieses Problem nicht lösen können.

Das bei uns vorherrschende Narrativ suggeriert zudem, dass es bei diesem Krieg ausschliesslich um die Verteidigung der liberalen westlichen Demokratien gegen totalitäre russische Grossmachtsansprüche gehe. Dieses Narrativ ignoriert allerdings "die viel größere Gruppe von Ländern in Lateinamerika, im Nahen Osten, in Afrika und in Südostasien, die uns genau beobachten"⁶, schreibt Slavoi Zizek und mahnt uns, den Menschen in diesen Ländern die Chance auf Teilhabe zu geben. Eine zukunftsfähige "Verteidigungsstrategie" hiesse "andere Länder davon zu überzeugen, dass der Westen ihnen bessere Möglichkeiten anbieten kann als Russland oder China. Und der einzige Weg, dies zu erreichen, besteht darin, uns selbst zu ändern, indem wir den Neokolonialismus, auch wenn er sich als humanitäre Hilfe verkleidet, unbarmherzig ausrotten." Dazu gehört auch die aktuelle Flüchtlingspolitik in Europa in den Blick zu nehmen.

«Die Ukrainer sind fast wie wir»

Der schillernde Nationalismus bedient unsere Emotionen und die rassistisch codierte Hierarchisierung des Lebens wird in dieser Krise greifbar. Nicht nur, dass nach wie vor Menschen an der belarussisch-polnischen Grenze festsitzen, während für Ukrainerinnen sichere Fluchtrouten geschaffen werden, auch die Aufnahme in den Ankunftsändern verläuft verschieden.

Es ist richtig, Menschen die notwendige Unterstützung zu geben, die sie nach einer Flucht brauchen. Die Schaffung sicherer Fluchtrouten, Reisefreiheit, Familiennachzug, Unterbringung und die Möglichkeit zu arbeiten sind wichtige Schritte hin zu einem menschenwürdigen Asylsystem. Genau das brauchen auch Geflüchtete aus Syrien und anderen Gebieten, in denen das Leben unerträglich wurde. Sie müssen jedoch in den Lagern bleiben, sich an Ausgangssperren halten, haben keine Bewegungs- und Reisefreiheit, lange Wartezeiten bis sie erfahren, ob sie ihr Leben hier wirklich beginnen können. Insofern gilt es, das, was für die Ukrainer*innen möglich wurde, für alle Geflüchteten zu erstreiten.

Zugleich ist der Diskurs, der wenigstens für einen Teil der Asylsuchenden eine menschenwürdige Aufnahme möglich machte, mehrfach rassistisch und nationalistisch codiert. Der Rassismus, den Asylsuchende aus dem globalen Süden erleben, ist offensichtlich, aber wir dürfen nicht übersehen, dass auch die richtige und wichtige Unterstützung geflüchteter Ukrainer*innen unter dem Vorbehalt möglich wurde, dass diese Menschen «fast so wie wir» seien. Ihre Not wird breit anerkannt und trotzdem zeigt sich im medialen Diskurs eine subtile Distanziertheit, statt Solidarität auf Augenhöhe.

«Unglücklich das Land, das Helden nötig hat»⁷

Blicken wir zurück auf die Unterstützung der Flüchtlingshilfe 2015, sehen wir, dass die Diskussionen andere waren. Die Flüchtlingshilfe war damals systemkritisch, weil sie erbrachte, was die Nationalstaaten zu leisten

nicht bereit waren. Heute ist die Situation eine andere. Die medialen Erzählungen zeigen zwei Arten von Helden: Einerseits die ukrainischen kämpfenden Helden, die für unser aller Freiheit kämpfen. Andererseits die Held*innen, die in den Ankunftsändern die notwendige Unterstützung und Koordinierung leisten, zu der es den Nationalstaaten diesmal weniger an Willen aber durchaus an Kompetenz und Ressourcen fehlt. Auch an der Heimatfront sind nun ganz viele Helden, die Opfer erbringen, um das Notwendige zu tun. Aber tragen diese medialen Heldengeschichten nicht auch zu einer zivilen Mobilisierung und Stärkung der Kriegsbereitschaft in den Demokratien des Westens bei? Und ist diese zivile Unterstützung nicht zugleich notwendig und richtig, weil sie reales Leid der Geflüchteten mildert. Sie ist der Ort, an dem wir ganz real Verantwortung gegen humanitäre Missstände übernehmen können. Ich hadere mit (allen) Heldengeschichten, weil all die kleinen Helden die Opfer bringen, die die grossen Helden in prächtigem Glanz erscheinen lassen.

All diese Zweifel an den herrschenden Diskursen entlassen uns jedoch nicht aus der Verantwortung.

Franziska Stier, Parteisekretärin BastA!

1 <https://www.freitag.de/autoren/kathrin-gerlof/wie-sollen-wir-auf-die-graueultaten-von-butscha-reagieren>

2 <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/baerbock-nationale-sicherheitsstrategie/2517738>

3 <https://www.srf.ch/play/tv/10-vor-10/video/10-vor-10-vom-03-03-2022?urn=srf:video:4fe7abbf-cba6-4649-9f7c-e6b6e5b31328>

4 <https://www.srf.ch/news/international/krieg-in-der-ukraine-amherd-vielleicht-hat-man-sich-bis-jetzt-zu-sicher-gefuehlt>

5 <https://www.tagesanzeiger.ch/waffen-aus-thun-sind-in-den-haenden-beider-kriegsparteien-676937032617>

6 <https://www.project-syndicate.org/commentary/europe-unequal-treatment-of-refugees-exposed-by-ukraine-by-slavoj-zizek-2022-03/german>

7 B. Brecht, «Das Leben des Galilei» 13. Szene

Änderungen vorbehalten



**1. MAI 2022
IN BASEL**

**BESAMMLUNG:
10 UHR DE-WETTE PARK
ABMARSCH: 10:45**

Infos unter: 1-Mai-bs.ch

VERANSTALTUNG

PROGRAMM

30. April, Kasernenplatz ab 17 Uhr

Workshops und Diskussion: „Palästina Solidarität“, „Patriarchale Gewalt - wie schützt uns die Istanbul-Konvention?“, „ORGANIZER!“, „Hexenwerk und Kinderkacke“
anschliessend Hexenumtrunk

1. Mai, Fest Kasernenplatz

Redebeiträge:	Kulturprogramm:	1. Chor
Natascha Wey (vpod)	3 legged dogs	Sicherheitsorchester
Sans-Papier Kollektive	Daf Connection	Gutes Essen
Leandra Blas	La Nefera	gute Stimmung
Nico Lutz (unia)	1x Überraschung	und vieles mehr!

Nein zur Festung Europa – Nein zu Frontex

Am 15. Mai stimmt die Schweiz über einen massiven Ausbau der finanziellen und personellen Unterstützung an Frontex ab. Frontex ist die Grenzschutzagentur der Europäischen Union und verantwortlich für zahlreiche Menschenrechtsverletzungen. Frontex steht für die gewaltvolle Abschottung Europas und die Kriminalisierung von Migration.

Eine Agentur verteidigt die Festung Europa

Frontex wurde 2004 als Grenzschutzagentur der Europäischen Union gegründet. Laut eigener Website verfolgt sie drei strategische Ziele: Beseitigung von Schwachstellen an den Außengrenzen, Gewährleistung sicherer EU-Grenzen sowie Planung und Aufrechterhaltung der Kapazitäten der Europäischen Grenz- und Küstenwache. Ihre Hauptaktivitäten sind entsprechend die Aufrüstung lokaler Grenzschutzbehörden, Ausschaffungen in der gesamten EU sowie Rückführungen von «irregulären Migrant:innen». Bei letzterem sind sie immer wieder direkt oder indirekt an illegalen Pushbacks beteiligt.

Frontex arbeitet mit über 20 Ländern ausserhalb der EU zusammen. Dabei kooperieren sie beispielsweise mit der libyschen Küstenwache. Diese fängt migrantische Boote mit Hilfe der Frontex-Luftüberwachung ab und schleppt sie zurück nach Libyen, wo Migrant:innen unter massiver Gewalt festgehalten werden.

Seit der Gründung ist das Budget von 6 Millionen Euro um 7000% gestiegen und soll für den Zeitraum von 2021 bis 2027 ganze 5.6 Milliarden Euro betragen. Auch personell soll Frontex auf ein eigenes Heer mit 10'000 Grenzschutzbeamt:innen aufgestockt werden.

Die Aktivitäten der Frontex fördern das rassistische Narrativ von Migration als Bedrohung, wobei besonders ihre Risikoanalysen als Eigenlegitimation zur immer weiteren Aufstockung der Frontex benutzt werden. Die Abschottungspolitik der EU kostete seit 1993 über 44'000 Tote, die Dunkelziffer eingerechnet sind es viele mehr.

Schweizer Geld für Gräueltaten

Seit 2009 unterstützt die Schweiz als Schengen-Mitglied die Frontex finanziell und personell. Im Zuge der Aufrüstung von Frontex hat auch das Schweizer Parlament einer Aufstockung des jährlichen Budgets von 61 Millionen Franken bis 2027 zugestimmt. Das entspricht ca. 5% des Gesamtbudgets von Frontex. Damit trägt die

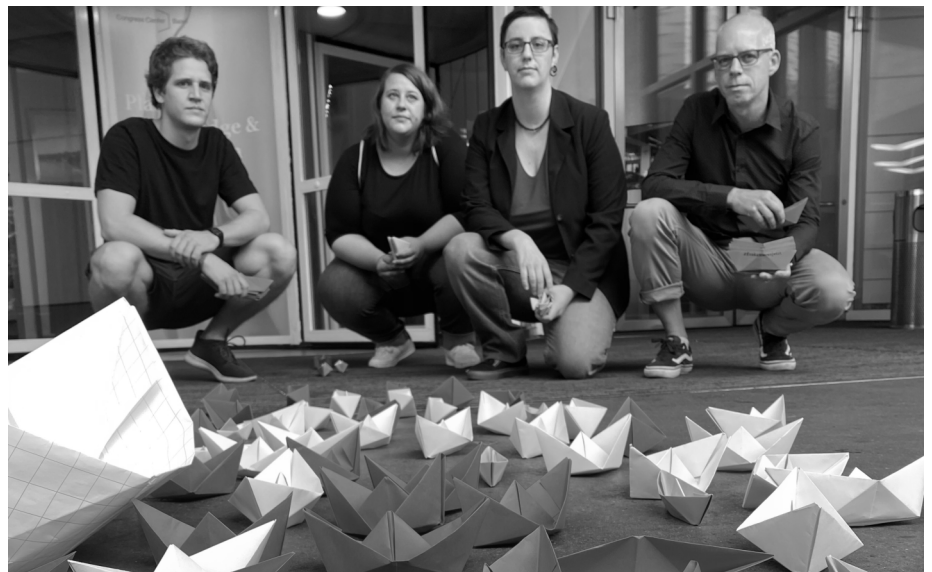


Foto: Franziska Stier; Aktion #EvakuierenJetzt am 16. September 2020. Damals stand das Flüchtlingslager Moria in Flammen und es brauchte dringend Hilfe. Die unmenschliche Situation in Moria war längst bekannt. Statt Solidarität steht nun noch mehr Abschottung im Raum.

Schweiz beträchtlich zum gewaltvollen Abschottungsregime der EU bei.

Die institutionelle Schnittstelle zu Frontex ist hauptsächlich die Eidgenössische Zollverwaltung (EZV). Die Schweiz beteiligt sich auch personell an den Machenschaften und sendet Grenzschützer:innen in den Frontex-Einsatz – diese leisten zusammengerechnet zwischen 1200 und knapp 2000 Einsatztage pro Jahr, wobei die Zahl laufend ansteigt.

Anstatt für dringend notwendige sichere Fluchtwege zu sorgen, führt Frontex unter Schweizer Beteiligung einen regelrechten Krieg gegen Migration. Zahlreiche Berichte über illegale Pushbacks mit Beteiligung von Frontex-Beamt:innen enttarnen die Grundrechtsmechanismen und das Reportingssystem als untauglich. Denn geändert hat sich nichts.

Eine solidarische Migrationspolitik ist möglich

Die aktuelle Situation mit dem Ukraine-Krieg hat einmal mehr aufgezeigt, dass Menschen auf der Flucht schnelle Unterstützung benötigen. Die Sensibilität für die prekäre Situation der Betroffenen aus der Ukraine scheint gross zu sein. Doch die Konflikte auf dieser Welt sind so vielfältig, wie auch die Ursachen für Migration. Deshalb braucht es sichere und legale Flucht- und Migrationswege für alle.

Es ist an der Zeit, dass Migration als Tatsache und nicht als Bedrohung betrachtet wird. Gerade um globalen Problemen wie der

Klimaerwärmung, Umweltkatastrophen oder sozialer Ungerechtigkeit zu begegnen bedarf es globaler Lösungen, nicht nationalistischer. Frontex, welche für die Abschottung Europas steht, ist keine Lösung. Frontex ist eine rassistische und imperiale Antwort, mit welcher die Gewalt an und die Gefährdung von Menschen gerechtfertigt wird.

Es braucht dringend Lösungen, die auf globaler Solidarität basieren. In einer Migrationspolitik, bei der die Menschenwürde und Bewegungsfreiheit im Fokus stehen, könnte mit dem bei Frontex eingesparten Geld und Personal bereits einiges erreicht werden. Laut der Kampagne Defund-Frontex könnte mit nur einem Drittel des derzeitigen Frontex-Budgets ein europäisches Seenotrettungsprogramm mitsamt eigener Flotte ins Leben gerufen werden.

Eine solidarische Migrationspolitik ist möglich. Das zeigen unzählige Gruppierungen, zivile Seenotrettungen, solidarische Städte oder Communities, die Widerstand leisten. Doch die Verantwortung liegt schlussendlich bei der EU, der Schweiz und allen Stimmberechtigten. Mit dem Nein zu Frontex verurteilen wir Menschenrechtsverletzungen und fordern die Bewegungsfreiheit für alle!

Nicola Goepfert, Vorstand Basta!

Quellen:

frontex-referendum.ch
frontex.europa.eu
seebuecke.org/aktuelles/defund-frontex